

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Kotablatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Buchhardtswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Jühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lohm, Mohorn, Nunzig, Neufürchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberbermsdorf, Bohrsdorf, Köbelsdorf bei Wilsdruff, Koitzsch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach b. Mohorn, Seeligstadt, Spechtshäufen, Taubenheim, Unfersdorf, Weistroy, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro viergespaltene Corpusspalte.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 56.

Sonnabend, den 12. Mai 1900.

58. Jahrg.

Wassenschüttungen

unter Benutzung der Dampfwalze werden stattfinden:

auf der Kesselsdorf-Nossener Straße

1. vom 13. bis 16. Mai zwischen Wilsdruff und der ehemaligen Chaussee.

2. vom 17. bis 19. Mai zwischen Limbach und Neutanneberg.

Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, am 10. Mai 1900.

J. B.
Dokt.

Nr. 1836 A.

G.

Mittwoch, den 16. d. M., 10 Uhr Vorm.

sollen an hiesiger Gerichtsstelle 2 Hobelbänke mit Handwerkszeug öffentlich versteigert werden.

Wilsdruff, den 7. Mai 1900.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts:

Sehr. Busch.

Mittwoch, den 16. d. M., 3 Uhr Nachm.

soll in Unfersdorf 1 Ackerflug mit eisernen Gezänge öffentlich versteigert werden. Versammlung der Bieter im dasigen Gasthof.

Wilsdruff, den 10. Mai 1900.

Der Vollstreckungsbeamte:

Cange.

Bekanntmachung.

Mit dem 15. Mai 1900 tritt in der Gemeinde Klipphausen die

Biersteuer

in Kraft; es werden deshalb alle Verkäufer und Lieferanten, welche Bier im hiesigen Orte verkaufen und liefern, darauf aufmerksam gemacht, daß alles hier eingebrachte Bier vor dem Verkauf erst versteuert werden muß. Einfaches Bier ist von der Steuer frei. Die Hebestelle befindet sich bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand.

Klipphausen, am 10. Mai 1900.

Der Gemeinderath.

Kauf, Gemeindevorst.

Mit Genehmigung der königlichen Amtshauptmannschaft zu Meißen wird der Fahrverkehr des **Blankenstein-Tanneberger** Communweges in der Zeit

vom 14. bis mit 19. dieses Monats

wegen **Wassenschüttung** auf den **Blankenstein-Schmiedewalder** Communweg verwiesen.

Blankenstein, den 10. Mai 1900.

Der Gemeinderath.

Birtner, Vorstand.

Politische Rundschau.

Vom Aufenthalt des Kaiserpaars in Vohringen wird mitgeteilt, daß der Kaiser am Donnerstag eine Parade über die Weger Garnison abhielt. Auch die Kaiserin, der Kriegsminister v. Goller und der Statthalter Fürst Hohenlohe-Schillingen wohnten der Truppenparade bei, die vorzüglich gut verlief. Am Mittwoch Vormittag hatte Sr. Majestät einen zweistündigen Spazierritt durch den Kurzeiler Wald gemacht und nachmittags die zum Schloss Urville gehörenden Wirtschaftsgebäude, sowie das neueingebaute Elektrizitätswerk besichtigt.

Eine besondere Kundgebung über die Entschliebung des Kaisers, die Würde eines preussischen Generalfeldmarschalls anzunehmen, wird nicht ergehen. Der Kaiser wird die Marschallabzeichen anlegen, da es, nachdem Kaiser Franz Josef ihn zum österreichischen Generalfeldmarschall ernannt hat, selbstverständlich ist, daß er diesen gleichen Rang auch in der eigenen Armee einnehmen muß. Wenn ein preussischer Prinz, der einen Rang in einer fremden Armee hat, in der eigenen avanciert, so erfolgt auch sofort das Avancement in der fremden. Als jüngst Prinz Heinrich Vizeadmiral wurde, erfolgte seine Ernennung zu dieser Charge vom Contreadmiral auch in der österreichischen Marine.

Deutscher Reichstag. Am Donnerstag berieth das Haus zunächst die Vorlage betr. die Militär-Strafgerichtsverfassung in Ruanda. Es sollen daselbst für das Militär die in der neuen Militär-Strafgerichts-Ordnung für das Verhältnis an Bord gegebenen Vorschriften Anwendung finden. Abg. Bassermann (nl.) wünschte die Dauer des Gesetzes auf 5 Jahre zu beschränken, was Staatssekretär Tirpitz für überflüssig erklärte. Die Abgg. Gieseler (fr. Sp.) und Aldert (fr. Sp.) schlossen sich Herrn Bassermann an. Abg. Risch (Str.) nahm eine abwartende Haltung ein. Die zweite Lesung soll demnächst im Plenum stattfinden. Nunmehr nahet die Beratung der Novelle zum Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz ihren Fortgang. Bei § 17a beantragen die Sozialdemokraten Wahl der Arbeitervertreter zu den Schiedsgerichten nach dem geheimen gleichen Wahlrecht und passives Wahlrecht für Frauen. Dieser Antrag fiel. Zu § 82 (Ueberwachung der Betriebe) empfahl Abg. Hoch (Soz.) einen Antrag betr. Zulassung der Arbeiter als Kontrollreue. Redner berief sich auf eine im preussischen Landes-Deconomie-Collegium 1890 gehaltene Rede des Kaisers betr. die häufigen Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben. Nach längerer Erörterung, an der noch Director von Wöbke, sowie die Abgg. Hise (Str.) und von Stamm (frkons.)

theilnahmen, wurde der Antrag Hoch abgelehnt. Auch der Rest des Gesetzes gelangte unverändert zur Annahme. Nächste Sitzung Freitag. (Vorlage betr. landwirtschaftliche Unfall-Versicherung.)

Die Budgetkommission des Reichstags hat nunmehr die erste Lesung der Flottenvorlage beendet. Betreffs der Steuerzuschläge wurde die Umsatzsteuer noch weiter und zwar auf $\frac{1}{100}$ pro Mille festgelegt. Ursprünglich war sie mit $\frac{1}{100}$ beantragt, dann aber auf $\frac{1}{100}$ herabgesetzt worden. Gegen die gegenwärtigen $\frac{1}{100}$ pro Mille dürften auch die Vorkämpfer nicht mehr viel einzumenden haben. Um so lauter ist deren Klage jedoch wegen des Kommissionsbeschlusses, der von der Besteuerung der sogenannten Kompensationsgeschäfte handelt, die ganz nach den Vorschlägen des Centrums angenommen wurde. Nachdem der Abg. Müller-Julda erklärt hatte, daß seine Parteigenossen von der Einführung eines Schiff-Fahrtkartenstempels absehen, da das Plenum des Reichstags sich gegen einen solchen ausgesprochen hätte, so gab auch die Kommission die Einführung dieses Stempels mit großer Majorität auf. Ferner wurde auch die Ergänzungssteuer fallen gelassen und endlich wurden von dem Abg. Bassermann zur höheren Besteuerung empfohlenen Objekten die fremden Biere ausgeschlossen; dagegen sollen Liköre, Brannt- und Schaumweine der Steuer unterliegen. Das Pilsener hat also gesiegt, und das ist erfreulich. Am Dienstag nächster Woche soll mit der zweiten Lesung der Flottenvorlage begonnen werden über deren voraussichtliche Dauer sich jedoch noch nichts sagen läßt.

Berlin, 9. Mai. Es besteht die Absicht, in der Reichstags-Sitzung zum Pinnelfahrtfest eine Vertagung einzutreten zu lassen und den Reichstag nach Pflingsten auf 8 bis 10 Tage wieder zu versammeln. Es sollen alsdann möglichst alle großen Vorlagen erledigt werden.

Wien, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses folgten die Tschechen die Obstruktion durch namentliche Abstimmungen zu den vorliegenden Propositionen fort. Während der ganzen, kaum vierstündigen Sitzung kam es wiederholt zu heftigen und scharfen Zusammenstößen zwischen den Deutschen und Tschechen. Das Exekutivcomité der Rechten beräth, um die Tschechen zum Aufgeben der Obstruktion zu bewegen. Die Regierung plant vorläufig eine Unterbrechung der Sitzungen auf etwa 14 Tage.

Aus Wien. Obwohl die Tschechen ihre Obstruktion gegen die Sprachengesetze noch fortsetzen, so wüthen sie doch nicht mehr wie Anfangs, haben sich vielmehr schon zu einem Entgegenkommen bereit gefunden und eine volle

Sitzung hindurch weder geschrien, noch gepfiffen, noch mit den Vultbedeln geklappt; auch haben sie sich bereits verpflichtet, der Erledigung einiger wichtiger Gesetzesentwürfe keine Hindernisse in den Weg zu stellen. Dagegen haben nun die Deutschen, denen die neuen Sprachgesetze von vornherein stark feindschaftlich erschienen, offiziell erklärt, daß die Koerber'schen Entwürfe für sie unannehmbar seien. Möglicherweise erlebt man nun noch das ergötzliche Schauspiel, daß die Tschechen die Obstruktion aufgeben und die Deutschen sie aufnehmen. Vielleicht aber gelingt auch gerade, ein allen Parteien wenig willkommenes Gesetz im österreichischen Reichsrath durchzubringen. Jedenfalls sind die Segenssagen heute nicht mehr so scharf wie zu Beginn der Tagung und das darf immerhin als ein günstiges Zeichen betrachtet werden.

Amerika und die Türkei. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat jetzt durch ihren Geschäftsträger in Konstantinopel der hohen Pforte eine zweite energische Note überreichen lassen, um die sofortige Erfüllung der Forderungen Amerikas in Betreff der Entschädigung der bei den Megeleiten in Armenien geschädigten Missionare durchzusetzen. Entspricht die Pforte der Forderung dieser zweiten Note nicht alsbald, dann wird die Washingtoner Regierung unverzüglich ein Ultimatum stellen. Das schroffe Auftreten der Vereinigten Staaten gegen die Türkei, so führt ein Berliner Blatt sehr richtig aus, ist ein neues Beispiel von der sprachwörtlichen Unankbarkeit der Republikaner. Es ist noch kein Jahr verfloßen, da leistete die Türkei der nordamerikanischen Union einen sehr großen Dienst. Unter den amerikanischen Erwerbungen in Ostasien befinden sich auch die zu den Philippinen gehörigen Jalu-Inseln, die von den kriegerischen Moros bewohnt sind und nur nominell unter spanischer Herrschaft standen. Diese Moros machten Niemand, sich den Tagalen anzuschließen und der amerikanischen Herrschaft sich zu widersetzen. Auf Bitten des Präsidenten Mac Kinley trat der Sultan der Türkei, als Beherrscher aller Gläubigen, zu Gunsten Amerikas ein, und bei der nächsten Pilgerfahrt nach Mekka wurde den Moros der Befehl des Padiſchahs kundgegeben. Die Folge davon war, daß der Beherrscher der Jalu-Inseln eine Art Suzeränitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten abschloß. Dafür erangulierte Amerika nun die Pforte wegen lumpiger 100 000 Dollars.

Als überaus traurig, ja sogar gefährlich wird die Finanzlage Bulgariens von dem russischen Geheimrath Kobeko geschildert, um dessen Urtheil Fürst Ferdinand er sucht hat. Vorschläge zur Besserung der Lage sind von russischer Seite bisher nicht gemacht worden, so daß die